GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Die Tagung »Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht« vom 21.–23. Februar 2003 auf Schloss Schney

Klement, Carmen

2003

https://doi.org/10.25595/641

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klement, Carmen: *Die Tagung »Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht« vom 21.–23. Februar 2003 auf Schloss Schney*, in: Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 21 (2003) Nr: 2, 326-329. DOI: https://doi.org/10.25595/641.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Walter de Gruyter Verlag.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.1515/fs-2003-0217

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

sion ging es vorrangig um Fragen der Gemeinsamkeiten und Widersprüche von Gender- und Subjektperspektive in der Arbeitsforschung. Übereinstimmend stellten Podiums- und PlenumsteilnehmerInnen fest, dass trotz vorhandener Gemeinsamkeiten zwischen feministischer und industriesoziologischer Arbeitsforschung, diese Berührungspunkte in Konzepten der Arbeitssoziologie bisher nicht wahrgenommen würden. Konkrete Ansätze für eine Öffnung der traditionellen Arbeitsforschung für die Gender-Perspektive biete die Forschung über die Erosion bisheriger Grenzziehungen zwischen Arbeit und Leben, welche den gesamten Lebenszusammenhang innerhalb und außerhalb der bezahlten Arbeit in den Blick nehme. Das Statement, es gehe einerseits um einen kontinuierlichen Austausch zwischen GendA und der traditionellen Arbeitsforschung, andererseits aber auch darum, Anknüpfungspunkte im feministischen Bereich zu finden, löste eine Kontroverse über die Frage aus, was bedeutender für zukünftige feministische Theorieentwicklung sei: Gehe es in erster Linie darum, einen Brückenschlag in die traditionelle Arbeitsforschung zu leisten oder sei es wichtiger, die feministischen Ansätze der 1970/80er Jahre, wie z.B. »die doppelte Vergesellschaftung« (Becker-Schmidt) von Frauen weiter zu entwickeln. Die Verstärkung interdisziplinärer Ansätze in der Entwicklung gemeinsamer Forschungsprojekte wurde von den TeilnehmerInnen als ein möglicher Weg gesehen, um innerhalb der Arbeitsforschung einen produktiven Austausch zwischen Gender- und Subjektperspektive voran zu treiben. So besteht durchaus Hoffnung, dass die vorherige Kontroverse, was denn für künftige Theoriediskussionen wichtiger sei, als zwei Seiten einer Medaille begriffen wird, wo es darum geht, einerseits Anknüpfungspunkte im feministischen Bereich (wieder) zu finden und gleichzeitig aber auch feministische Perspektiven in der traditionellen Arbeitsforschung zu verankern.

Carmen Klement

Die Tagung »Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht« vom 21.–23. Februar 2003 auf Schloss Schney

»Man muss Visionen haben, dann findet man auch Partner«, so die zutreffende und ermutigende Aussage einer Referentin der Tagung »Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht«, die auf Schloss Schney im fränkischen Lichtenfels mit über 100 TeilnehmerInnen aus neun verschiedenen europäischen Nationen stattfand. Die Tagung, die sowohl mit VertreterInnen aus der Politik als auch der Wissenschaft und den Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) besetzt war, wurde von der Frauenakademie München veranstaltet und von der europäischen Kommission gefördert. Ziel war es, über nationale Grenzen hinweg Chancen und Risiken der EU-Erweiterung zu

diskutieren, Aspekte gemeinsamer Strategien zur Gestaltung einer geschlechtergerechten Politik zu entwickeln und den Rahmen für eine internationale Vernetzung bereit zu stellen.

Welche Rolle spielt der EU-Beitritt für Frauen und für das Geschlechterverhältnis? Was erwarten Frauen in den Beitrittsländern von der EU und was wird eher skeptisch beobachtet? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der ersten Podiumsdiskussion zu Beginn der Tagung. Die Politikerinnen *Izabela Jaruga-Nowacka* (Warschau), *Dagmar Zelenková* (Prag), *Elisabeth Schroedter* (Potsdam), *Petra Rück-Wallenberger* (München) und *Wilmya Zimmermann* (Poxdorf) bestätigten sowohl für die Beitrittsländer als auch für die EU eine positive Entwicklung durch die Erweiterung. Explizit wurden die EU-Gesetzgebung zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz, das Verbot jeder Form von Diskriminierung, die Maßnahmen des EU-Strukturausgleichs und das 5. Rahmenprogramm für Chancengleichheit für Frauen und Männer als wichtiger Beitrag für die Gleichberechtigung in den heutigen und zukünftigen EU-Mitgliedstaaten gewertet. Allerdings mahnten sowohl die Podiumsteilnehmerinnen als auch das Publikum an, dass man vom Ziel, die Geschlechterdimension in alle politischen Entscheidungen einzubeziehen, noch weit entfernt sei; sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene gäbe es noch viel zu tun. Die Einführung von Richtlinien und Gesetzen sei der erste notwendige aber keinesfalls hinreichende Schritt. Vielmehr müsse nun an der konkreten Umsetzung dieser Normen gearbeitet werden.

Der nächste Tag begann mit zwei Vorträgen aus der Wissenschaft. *Bozena Choluj* (Warschau) und *Ute Gerhard* (Frankfurt) thematisierten in ihren Vorträgen Zugänge zu Geschlechtergerechtigkeit sowie die Bedeutung der BürgerInnenrechte in Ost und West. Choluj erläuterte die große Gefahr, die sich einerseits für die Frauenpolitik und andererseits für die Geschlechterforschung ergäbe, wenn ForscherInnen und frauenpolitische AktivistInnen weiterhin an einer Differenzierungslinie Ost-West festhielten. Ihrer Meinung zeigen sich die Differenzen nicht entlang der Kategorie Nation oder ›Grenze zwischen Ost und West‹, sondern quer durch unterschiedliche soziale und politische Kategorien. Die Unterschiede in den sozialen und politischen Kategorien und nicht die Kategorie ›Ost-West‹ müssten in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Analysen gestellt werden. Im Zentrum von Gerhards Ausführungen stand die Diskussion um die Inhalte und die Bedeutung des Begriffs Staatsbürgerschaft (›citizen rights‹). Eine Staatsbürgerschaft müsse neben den politischen und zivilen Rechten auch die sozialen Rechte umfassen. Zur Zeit sei auf der EU-Ebene das im skandinavischen und angelsächsischem Raum bereits seit langem diskutierte Thema ›Caring‹ (Fürsorge, Betreuung und Pflege von Menschen) zu einem zentralen Thema zu machen. Dabei genüge es nicht allein – wie in der deutschen Diskussion vielfach verbreitet – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen zu fordern, sondern es sei notwendig, den Aspekt des ›Caring‹ als gesellschaftsrelevantes Thema zu behandeln.

Im Anschluss an die wissenschaftlichen Beiträge wurden in vier Workshops länderspezifische Themen vertieft. Der erste Workshop beschäftigte sich mit Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Anhand von Beiträgen zum tschechischen nationalen (*Petr Pavlik*, Prag) und regionalen (*Helena Bednarova*, Brno) sowie ungarischen Arbeitsmarkt (*Szilvia Sabó*, Budapest) wurde diskutiert, inwieweit sich in den Beitrittsländern nach 1989 die Bedingungen für Frauen geändert haben und inwieweit

sich heute die Bedingungen in den Beitrittsländern und den jetzigen Mitgliedstaaten gleichen. Die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern, Mehrfachbelastung von Frauen durch Beruf und Familie, höheres Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiko im Vergleich zu Männern und die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen sind Phänomene, die sich in allen Ländern wiederfinden.

Im Workshop Öffentlichkeit und Partizipation wurde von *Dagmar Lorenz-Meyer* (Prag) ein laufendes Projekt vorgestellt, in dem offizielle Dokumente der EU, Polens und der Tschechischen Republik zur Gender- und Osterweiterungspolitik untersucht werden. Erste Ergebnisse des Projektes zeigen, dass die EU es bislang versäumt hat, Gender Mainstreaming bei der Beurteilung der Kandidaten sowie bei den Beitrittsverhandlungen und -programmen in die Praxis umzusetzen. *Agnieszka Grzybek* (Warschau) konnte für Polen bestätigen, dass Frauen in allen Politikfeldern in Polen unterrepräsentiert sind und dass das Thema Gender Mainstreaming insgesamt lediglich als randständig angesehen wird.

Die Landwirtschaft hatte schon immer eine herausragende Stellung in der polnischen Wirtschaft. Wie wird sie durch den Beitritt umgestaltet und welche Bedingungen ergeben sich für polnische Frauen, die in diesem Sektor tätig sind? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Workshops zu Frauen im ländlichen Raum und Ökologie. Sowohl die ReferentInnen *Marese Hoffmann* (Hackermoos), *Jadwiga Ziolkowska* und *Joachim Leuschner* (Berlin) als auch die WorkshopteilnehmerInnen mahnten zur Wachsamkeit, die angesichts eines Umbaus der polnischen Landwirtschaft geboten sei. Nicht jede Form der Ökologisierung sei ein Beitrag zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Vielmehr würde insbesondere in der ökologischen Landwirtschaft die sehr zeitintensive Handarbeit den Bäuerinnen angetragen. Bei Umgestaltungsprozessen müsse dieser Aspekt der Ungleichbehandlung der Geschlechter berücksichtigt werden.

Der letzte Workshop beschäftigte sich mit dem Thema Frauenhandel und Zwangsprostitution. Bei diesem Thema, das durch Referate von *Rimma Dalos* (Budapest) und *Petra Kutálková* (Prag) eingeführt wurde, zeigte sich, dass insbesondere Romafrauen, die zu einer gesellschaftlichen Minderheit sowohl in Tschechien als auch Ungarn gehören, davon betroffen sind und aufgrund ihrer häufig schlechten wirtschaftlichen Situation gezwungen werden, sich zu prostituieren. Betont wurde in der Diskussion, dass neben der Frage nach den Ursachen dieser Form von Frauendiskriminierung immer auch der Blick auf die ›Kunden‹, die überwiegend aus den westlichen Anrainerstaaten kommen, gerichtet werden müsse. Zur Lösung des Problems würden nicht nationale Initiativen ausreichen, sondern eine starke überregionale bzw. europäische Vernetzung sei Voraussetzung für eine Bekämpfung des Frauenhandels.

Die Nachmittagsveranstaltung des zweiten Tages stand ganz im Zeichen konkreter praktischer Umsetzung regionaler Zusammenarbeit in Grenzregionen. *Birgit Seelbinder* von EUREGIO EGRENSIS, einer Organisation, die bereits vielfältige überregionale Projekte durchgeführt hat (beispielsweise Jugendsommerlager und Gastschuljahr), betonte den Gewinn und Lernzuwachs für alle Beteiligten bei der praktischen Zusammenarbeit, mahnte aber an, dass auf beiden Seiten eine Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit Unterschieden vorhanden sein müsse. *Joanna Barelkowska* (Berlin) berichtete über das Projekt Owen, welches den Austausch zwischen polnischen und deutschen Frauen in den Grenzregionen insbeson-

dere unter dem Aspekt zivilgesellschaftlichem Engagements fördert. Problematisch am Austausch sei die immer noch vorzufindende einseitige Blickweise: Polinnen seien es gewohnt, nach Westen zu schauen, ebenso wie auch ostdeutsche Frauen nach Westen blickten. Andererseits würden Frauen aus dem Westen aber wenig nach Osten schauen. Für ein kooperatives Miteinander sei es aber nötig, dass ein Wissenstransfer nicht nur von West nach Ost, sondern auch umgekehrt fließt.

Abschluss der Tagung war eine Podiumsdiskussion. *Linda Fisher* (Budapest), *Denise Fuchs* (Brüssel), *Marina Grasse* (Berlin), *Petr Pavlik* (Prag) sowie *Agnieszka Grzybek* (Warschau) diskutierten mit dem Publikum Visionen für ein gemeinsames Europa. Linda Fisher hinterfragte in ihrem Beitrag grundsätzlich die Definition einer europäischen Identität. Diese würde mit West-Europa gleichgesetzt und impliziere damit indirekt, dass OsteuropäerInnen demnach keine EuropäerInnen seien bzw. durch den Beitritt zu WesteuropäerInnen würden. Zu fragen sei, ob die Erweiterung ein ganz neues Konzept von europäischer Identität ermögliche oder aber, ob sich die Bezeichnung ›europäisch‹ auf ökonomische und rechtsstaatliche Strukturmerkmale beschränke und ein neuer, umfassenderer Blick damit versperrt bliebe. Angeregt wurde, dass Frauen sich für einen ›Gender Contract‹ (Denise Fuchs) stark machen sollten und dass ökonomische und soziale Belange zusammengedacht werden müssten. Dies bedeute eine Einmischung in alle Themen der Politik sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene und könnte ermöglicht werden durch eine effektive Vernetzung. Insbesondere die NGOs als Institutionen – die, die Finger in offene Wunden verfehlter Politik legten –, sollten sich gegenseitig stärken und vernetzen und sich darin unterstützen, wirtschaftliches Denken und Handeln zu erlernen (Petr Pavlik). Gemeinsames Handeln habe zur Voraussetzung, genau jene Themen zu finden und zu diskutieren, die über die Grenzen hinweg alle betreffen. Dabei dürften die bestehenden Unterschiede nicht geleugnet werden, sondern sie sollten in die Diskussionen mit einfließen.

Nicht nur die hohe Anzahl an TeilnehmerInnen, sondern auch deren rege Beteiligung an den Diskussionen zeigte die Relevanz der Thematik und den Erfolg der Tagung. Es wurden Kontakte geknüpft, Ideen entwickelt und gemeinsame Visionen diskutiert. Die bereits Eingangs zitierte Feststellung einer Teilnehmerin »Man muss Visionen haben, dann findet man auch Partner« wurde somit auf der Tagung eindrucksvoll bestätigt.

Vom 26. bis 27. November 2004 wird es in Hamburg unter dem Titel »Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union: Implikationen von Vertiefung und Erweiterung« eine vom »Arbeitskreis Europäische Integration« organisierte, wissenschaftliche Anschlusstagung geben. Nähere Informationen dazu unter: www.ajuenemann.de